

Antrag

der Abgeordneten Ina Latendorf, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Christian Görke, Jan Korte, Ralph Lenkert, Thomas Lutze, Victor Perli, Bernd Riexinger und der Fraktion DIE LINKE.

Getreideabkommen fortsetzen, Märkte kontrollieren – Welternährung sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Krieg ist neben den ökologischen Mehrfachkatastrophen, dem ungerechten Zugang zu Land und anderen Ressourcen, sozialer Ungleichheit und Armut sowie der Ineffizienz der kapitalistischen Produktionsweise und dem verzerrten Welthandel die wichtigste Ursache von Hunger. Der Krieg in der Ukraine zeigt zudem in besonderer Weise die verheerenden Folgen von fehlender Ernährungssouveränität, einseitiger Abhängigkeit von bestimmten Importen und eines Sanktionsregimes, das sein eigentliches Ziel verfehlt. Laut UNICEF ist die Zahl der Menschen, die weltweit von Hunger betroffen sind, schon 2021 auf bis zu 828 Millionen gestiegen. Der Krieg in der Ukraine verschärft diese Hungerkrise. Russland und die Ukraine gehörten vor der militärischen Eskalation zu den größten Getreideexporteuren der Welt und haben nach wie vor einen bedeutenden Anteil an der weltweiten Ernährungssicherung. Der Anteil Russlands und der Ukraine an den weltweiten Weizenexporten betrug zuletzt knapp 30 Prozent, respektive 20 Prozent bei Mais und über 60 Prozent bei Sonnenblumenöl (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/4494). Mehr als 30 Länder importierten mindestens ein Drittel ihres Weizens aus Russland und der Ukraine, 20 Länder sogar mehr als 50 Prozent und Eritrea und Somalia sind sogar fast vollständig auf Importe aus der Schwarzmeerregion angewiesen. Durch den Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine und die damit verbundenen militärischen Aktivitäten auf dem Schwarzen Meer sind seit Februar 2022 die Getreideexporte aus der Ukraine stark gestört. Daraufhin stiegen die Preise auf dem Weltmarkt zunächst stark an. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und Hilfsorganisationen warnten vor Hungerkatastrophen im Globalen Süden.

Seit Juli 2022 sind dank des bislang zwei Mal verlängerten Getreideabkommens, welches auf Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei zwischen der Ukraine und Russland zustande kam, wieder Exporte über das Schwarze Meer möglich. Nach UN-Angaben wurden bislang 24 Millionen Tonnen Getreide auf dem Seeweg exportiert. Von diesen Exporten profitierte der Globale Süden leider nicht in ausreichendem Maße. Lediglich 55 Prozent des Getreides gingen laut dem Amt der Vereinten Natio-

nen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) in die sogenannten Entwicklungsländer. Allerdings trug das Abkommen dazu bei, dass der Weltmarktpreis für Getreide mittlerweile wieder auf das Niveau von 2021 abgesunken ist.

Die Zukunft des Abkommens ist unterdessen ungewiss. Russland hat angekündigt, einer Verlängerung über den 18. Mai 2023 hinaus nur dann zuzustimmen, wenn auch russische Exporte von Nahrungs- und Düngemitteln erleichtert werden. Diese Exporte unterliegen zwar keinen direkten Sanktionen der EU, allerdings wirken sich die Einschränkungen im Finanzsektor negativ aus, weil die Abwicklung des Zahlungsverkehrs nur auf Umwegen erfolgen kann. Außerdem ist die Transportlogistik gestört und Transportversicherungen für Frachtschiffe sind schwer zu bekommen. Schon in der Absichtserklärung zwischen Russland und der UN vom 22. Juli 2022, die Teil des Abkommens ist, hat sich das Sekretariat der Vereinten Nationen bereiterklärt „die Bemühungen fortzusetzen, um den transparenten ungehinderten Zugang von Nahrungsmitteln und Düngemitteln, einschließlich der zur Herstellung von Düngemitteln erforderlichen Rohstoffe (einschließlich Ammoniak), aus der Russischen Föderation zu den Weltmärkten zu erleichtern. Dies schließt Hindernisse ein, die in den Bereichen Finanzen, Versicherungen und Logistik auftreten können.“

Um ukrainische Exporte unabhängig von der Situation auf dem Schwarzen Meer zu ermöglichen, etablierte die EU sogenannte Solidaritätskorridore zu den zentraleuropäischen Häfen. Zusätzlich gewährte die EU Zollfreiheit für die Einfuhr ukrainischer Agrarprodukte. Bisher konnten auf diesem Wege rund 29 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine exportiert werden. Allerdings erreichte auch hier ein großer Teil der Exporte nicht die Zielregionen im Globalen Süden, sondern gelangte auf den europäischen Binnenmarkt. Der starke Preisverfall führte zu Bauernprotesten und erheblichen politischen Spannungen in Osteuropa bis hin zu zeitweiligen Importstopps und damit zur Unterbrechung der Solidaritätskorridore. Zur Kompensation ihrer Verluste zahlte die EU der osteuropäischen Landwirtschaft bisher 56,3 Millionen Euro aus der Agrarreserve. Ein zweites Hilfs-Paket in Höhe von 100 Millionen Euro wurde angekündigt. Zwar ist nach einer Einigung auf EU-Ebene ein Transit in Verbindung mit temporären Schutzklauseln durch die betroffenen osteuropäischen Länder wieder aufgenommen worden, es steht aber zu befürchten, dass sich das Szenario in Westeuropa wiederholt, wenn ein Weitertransport der Güter auf den Weltmarkt nicht gewährleistet wird.

Russland und Belarus sind bedeutende Produzenten von Düngemitteln. Schon seit 2021 sind Düngereporte aus Belarus mit Sanktionen der EU belegt. Die Exporte von Kali brachen daraufhin um 70 Prozent ein. Die Düngemittel aus Belarus und Russland werden dringend im Globalen Süden benötigt. Exporte aus dem Binnenstaat Belarus wären am günstigsten und schnellsten über Häfen in der Europäischen Union zu bewerkstelligen. Nach Kriegsbeginn in der EU festliegende russische Frachtschiffe, die Düngemittel geladen hatten, wurden auf Bitten der Vereinten Nationen freigegeben. Die vom UN-Generalsekretär vorgebrachte Aufforderung, die Sanktionen gegen Belarus zu überdenken, hat die EU aber zurückgewiesen. Zusätzlich kam es nach Kriegsbeginn infolge der geringeren Einfuhr russischen Erdgases zu einem Anstieg der Gaspreise in Westeuropa, der eine weitere Verteuerung der hiesigen Düngemittelproduktion nach sich gezogen hat.

Am 3. April 2023 hat sich der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit gegen Sanktionen ausgesprochen, unter anderem wegen der „negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, internationale Solidarität, internationale Beziehungen, Handel, Investitionen und Zusammenarbeit“. In der Resolution wurde betont, dass „den Menschen unter keinen Umständen ihre grundlegenden Überlebensgrundlagen oder der Zugang zu kritischen Infrastrukturen, Dienstleistungen und Gütern vorenthalten werden sollten“.

Das Format zu den Verhandlungen der Getreideabkommen sollte auf Dauer gestellt und ausgeweitet werden, z. B., um kurzfristig Waffenstillstände zu erreichen. Die Ernährungssicherheit von Drittstaaten, insbesondere in Ländern des Globalen Südens, darf nicht zum Spielball geopolitischer Interessen werden. Die bedingungslose, dauerhafte Verlängerung des Getreideabkommens kann zur vertrauensbildenden Maßnahme für weitere Schritte zur Verregelung des Konfliktes werden, denn Voraussetzung für den Eintritt in Verhandlungen ist das Ruhen der Kampfhandlungen als Schritt zur schnellstmöglichen Beendigung des Krieges.

Sowohl beim Getreide als auch bei Düngemitteln kam es zu massiven Marktverwerfungen verbunden mit einer starken Preisvolatilität, die nicht auf echte Knappheiten oder Veränderungen der Produktionsmengen zurückzuführen ist. Einzelnen Handelsunternehmen, Konzernen und Spekulanten gelang es in dieser Situation, durch ihre marktbeherrschende Stellung und mit ihren Aktivitäten an den Warenterminbörsen die Preise in die Höhe zu treiben und auf Kosten der Landwirtschaft, der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Hungerleidenden im Globalen Süden ungeheure Profite zu realisieren. Nahrungsmittelspekulation muss durch strenge Regeln unterbunden und unter Strafe gestellt werden. Auf lange Sicht muss im Rahmen einer allumfassenden sozial-ökologischen Transformation das Ziel der Ernährungssouveränität verfolgt werden. Dazu gehört, dass Deutschland genau wie Länder des Globalen Südens den Selbstversorgungsgrad steigern und sich so weit wie möglich unabhängig vom internationalen Nahrungsmittelhandel und von den Importen von Mineraldünger machen sollte. Nachhaltige, regionale Produktion und Wertschöpfungsketten müssen im Vordergrund stehen. Um die Not in den akut Hunger leidenden Ländern kurzfristig zu lindern, müssen aber aus humanitären Gründen alle Maßnahmen ergriffen werden, um das Getreideabkommen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation aufrechtzuerhalten, Sanktionen auf Nahrungs- und Düngemittel abzubauen sowie zu gewährleisten, dass diese Güter dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Zusätzlich muss durch harte Eingriffe in den Markt erreicht werden, dass Konzerne und Handelsunternehmen in Zukunft keine Übergewinne realisieren können und sich die Preisentwicklung bei Getreide und Düngemitteln besser kontrollieren lässt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass
1. solche Sanktionen und Hemmnisse, die direkt oder indirekt den Export von Agrarprodukten und Düngemitteln negativ beeinflussen, beendet werden;
 2. die zollfreie Einfuhr ukrainischer Agrarprodukte in die EU beendet wird, ausgenommen Agrarprodukte, welche für den Weitertransport in den Globalen Süden vorgesehen sind;
 3. ukrainische Agrarprodukte, welche auf den sogenannten Solidaritätskorridoren durch die EU transportiert werden, tatsächlich in den Globalen Süden und nicht auf den EU-Binnenmarkt gelangen;
 4. ein Marktkorrekturmechanismus eingeführt wird, durch den die Spekulation mit Getreidepreisen verhindert, der Getreidepreis an den Warenterminbörsen kontrolliert sowie Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher vor hohen Preisen geschützt werden können, um erhebliche Marktstörungen und Unterbrechungen von Lieferverträgen zu vermeiden, die die Versorgungssicherheit ernsthaft gefährden könnten;
 5. Maßnahmen ergriffen werden, durch die die Übergewinne von Düngemittelherstellern abgeschöpft und der Bildung von Oligopolen der Düngemittelhersteller entgegengewirkt werden kann;

6. die Ernährungssouveränität des Globalen Südens gesichert wird durch die Stärkung lokaler Märkte, gerechte Handelsbeziehungen, faire Preisbildung, existenzsichernde Einkommen und die Förderung des Anbaus heimischer klimatisch angepasster Pflanzen.

Berlin, den 9. Mai 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die von den Vereinten Nationen und der Türkei mit der Ukraine und Russland zuerst im Juli 2022 ausgehandelte Initiative für den sicheren Transport von Getreide und Lebensmitteln aus ukrainischen Häfen wurde vom UN-Generalsekretär Guterres zurecht als „ein Leuchtturm der Hoffnung“ bezeichnet.¹ Zum einen konnten seither nach UN-Angaben 24 Millionen Tonnen Getreide exportiert und der globale Getreidepreis gesenkt werden. Zum anderen zeigt das Abkommen, dass diplomatische Lösungen zwischen der Ukraine und Russland möglich sind. Zuletzt konnte das Abkommen im März 2023 um weitere 60 Tage verlängert werden. Die russische Regierung hat eine Fortführung der Initiative jedoch an die schon im Zusammenhang mit dem ersten Übereinkommen formulierte Forderung gekoppelt, dass Barrieren für den Export von russischem Dünger und Nahrungsmitteln abgebaut werden.² Russlands landwirtschaftliche Exporte sind zwar nicht explizit von Sanktionen betroffen, aber Finanztransaktionen, Versicherungen für Transporte und die allgemeine Logistik werden erheblich erschwert. Der UN-Generalsekretär hat die EU schon 2022³ und nochmals im März 2023⁴ aufgefordert, Handelshindernisse abzubauen und Sanktionen zu beenden. Damit das für den Kampf gegen den Hunger auf der Welt so wichtige Getreideabkommen weiter Bestand haben kann und der Hunger in der Welt kurzfristig gelindert wird, sollte sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Beseitigung aller Hemmnisse einsetzen, die Dünger- und Getreideexporte aus der Ukraine, Russland und Belarus behindern. Wichtig ist darüber hinaus, dass ein Weitertransport ukrainischen Getreides in die am stärksten bedürftigen Länder des Globalen Südens gewährleistet wird. Von Anfang an verblieb jedoch ein Großteil der Lieferungen in der EU und gelangte erst gar nicht in den Globalen Süden. Dieses Phänomen betrifft sowohl die Solidaritätskorridore⁵ als auch die Schwarzmeerinitiative.⁶ In Osteuropa kam es zu erheblichen Protesten gegen den durch zollfreie ukrainische Importe in den Binnenmarkt provozierten Verfall der Erzeugerpreise. So wurde in Polen zum Beispiel das Landwirtschaftsministerium besetzt und der zuständige Minister zum Rücktritt gezwungen. In Rumänien blockierten Traktoren zeitweise die Grenzübergänge. Die Regierungen von Polen, Ungarn und der Slowakei untersagten schließlich in Folge wachsenden innenpolitischen Drucks (zeitweise) Import und/oder Transit ukrainischen Getreides.⁷ Inzwischen ist der Transit durch diese Länder zwar wieder aufgenommen worden, die Aufrechterhaltung der sogenannten Solidaritätskorridore ist jedoch auch nach der nunmehr auf EU-Ebene erzielten Einigung weiterhin akut gefährdet, weil durch fehlende Gewährleistung des Weitertransports das grundsätzliche Problem weiterhin nicht gelöst ist.

¹ www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2022-07-22/secretary-generals-remarks-signing-of-black-sea-grain-initiative.

² www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/laeuft-mitte-mai-aus-russland-droht-mit-ende-des-getreideabkommens-im-mai_id_190470250.html.

³ www.stern.de/news/guterres-fordert-ende-der-hindernisse-fuer-russische-duenger-und-getreide-exporte-32650306.html.

⁴ www.politico.eu/article/united-nations-antonio-guterres-ease-belarus-sanctions-eu-fertilizers-world-hunger/.

⁵ www.euractiv.de/section/ernaehrung-und-gesundheit/news/ukrainisches-getreide-trifft-ueber-eu-solidaritaetskorridore-kaum-in-beduerftigen-laendern-ein/.

⁶ data.humdata.org/dataset/black-sea-grain-initiative-vessel-movements.

⁷ www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polens-regierung-fuerchtet-bauernfuehrer-ko-odziejczak-18788749.html; www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-landwirtschaftsminister-tritt-nach-bauernprotesten-zurueck-18801993.html; www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/heftige-bauernproteste-rumaenien-viel-ukrainisches-getreide-605577.

Der gegenteilige Effekt, die massive Steigerung der Getreidepreise, konnte insbesondere zu Beginn der militärischen Eskalation in der Ukraine beobachtet werden. Die seitdem feststellbare extreme Preisvolatilität an den Warenterminbörsen ist dabei nur zum Teil mit realwirtschaftlichen Faktoren wie geringerer Angebotsmenge, höherer Nachfrage oder steigenden Produktions-, Lagerungs- und Transportkosten zu erklären. Während der einseitigen Aussetzung des Getreideabkommens durch die Russische Föderation vom 30. Oktober bis zum 2. November 2022 stieg der Weizenpreis zunächst um 13 Euro pro Tonne an, um anschließend um 15 Euro zu fallen – und das obwohl die verfügbare Weizenmenge sich nicht geändert hatte, weil sich die UN, die Türkei und die Ukraine geeinigt hatten, die Transporte auch ohne die Zusicherung freien Geleits durch Russland fortzusetzen.⁸ Am 24. März 2023 stiegen die Weizenpreise nur deshalb um 6 Prozent an, weil die Moskauer Zeitung „Wedomosti“ über Vorschläge des russischen Landwirtschaftsministeriums berichtet hatte, vorübergehend Exporte auszusetzen.⁹ Derartige Preisentwicklungen sind nur durch Spekulation an den Börsen zu erklären. Laut Marktstudien flossen weltweit allein in der ersten Märzwoche 2022 bereits 4,5 Milliarden US-Dollar in Fonds, die mit Agrarrohstoffen handeln.¹⁰ Schon 2019 wurden an den Warenterminbörsen in den USA und Europa Kontrakte über 5 Milliarden Tonnen Weizen abgeschlossen, obwohl die globale Jahresernte nur 731 Millionen Tonnen betrug.¹¹ Durch die Marktmacht der Handelsunternehmen lassen sich diese Preise an die Abnehmer und somit an Landwirtschaft und Verbraucher weitergeben. Die Ernährungssicherheit vieler Länder ist inzwischen weniger von ausbleibenden Lieferungen, als vielmehr von hohen Preisen betroffen.¹² Zwar liegen die internationalen Weizenpreise gegenwärtig wieder auf Vorkriegsniveau, das kann sich aber schnell ändern. Vermittels eines auf europäischer Ebene zu implementierenden ambitionierten Marktkorrekturmechanismus ließen sich zukünftig diese übermäßig hohen Preise verhindern.

Die Düngerkrise in der Landwirtschaft ist nur zum Teil eine Auswirkung des russischen Krieges gegen die Ukraine und die dadurch gegenüber Russland und Belarus erlassenen Sanktionen. Die Preise stiegen auch schon 2021 und Einfuhrverbote für Düngemittel aus diesen Staaten wurden bereits vor der Eskalation des russisch-ukrainischen Krieges verhängt. Durch die Reduktion der Gaslieferungen war die Stickstoffproduktion in Deutschland 2022 zeitweise zum Erliegen gekommen. Die Düngemittelkonzerne haben seither unter Ausnutzung ihrer Marktmacht enorme Übergewinne angehäuft, obwohl der Absatz durch die Sparsamkeit der Landwirte gesunken ist. Inzwischen sind die Preise weltweit wieder gefallen. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Stickstoffproduktion auch in anderen gasreichen Ländern relativ schnell aufzubauen ist. Schwieriger verhält es sich mit essentiellen bergmännisch gewonnenen Düngerbestandteilen wie Phosphat und Kali, die zum Großteil aus Russland und Belarus bezogen wurden. Alternativen gibt es auch hier, jedoch fehlen die Lieferketten. Insgesamt ist zu konstatieren, dass eine Steigerung regionaler Wirtschafts- und Biomassekreisläufe im Allgemeinen und des ökologischen Landbaus im Besonderen die Resilienz der agrarischen Produktion gegenüber externen Schocks auf dem Düngerweltmarkt erhöhen kann. Nichtsdestotrotz wird die deutsche Landwirtschaft und insbesondere jene im Globalen Süden mittelfristig nicht auf Importe mineralischer Düngemittel verzichten können. Trotz sinkender Nachfrage konnte der Düngemittelkonzern Yara sein Nettoeinkommen bereits im ersten Quartal des Jahres 2022 von 14 auf 947 Millionen US-Dollar gegenüber dem Vorjahresquartal erhöhen. Ähnliche Profite realisierte die K&S AG.¹³ Durch den Verkauf der Düngesparten von Borealis an den tschechischen Konzern Agrofert nimmt die sekundäre Akkumulation des Kapitals und die Monopolbildung weiter zu.¹⁴ Auch in diesem Segment braucht es abgestimmte Maßnahmen, die über die von der Kommission vorgeschlagenen Aktivitäten zur Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln hinausgehen.

⁸ www.zeit.de/news/2022-10/31/getreidefrachter-vor-ukraine-in-bewegung.

⁹ www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/getreidepreise-steigen-steil-russland-will-export-unterbrechen-605067#:~:text=Getreidepreise%20steigen%20steil%20an%20an%20D%20Russland%20will%20Export%20unterbrechen,-%C2%A9%20stock.adobe&text=Die%20Weizenpreise%20sind%20am%20Freitag,Der%20Markt%20reagierte%20panisch.

¹⁰ www.spiegel.de/wirtschaft/nahrungsmittel-wie-spekulanten-von-der-krise-profitieren-a-566ff49f-81e6-4327-a235-b23fa4616dc0.

¹¹ www.finanzwende.de/standpunkte/standpunkt-spekulation-mit-lebensmitteln-eindaemmen/.

¹² www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/getreidehandel-im-krieg.

¹³ www.landundforst.de/landwirtschaft/betrieb/duengerindustrie-rekordgewinn-bauern-zahlen-rekordpreise-567341.

¹⁴ www.wochenblatt-dlv.de/regionen/oesterreich/borealis-cu-wettbewerbsbehoerde-gibt-gruenes-licht-fuer-verkauf-572521.

